

Landesgesetzblatt für Wien

Jahrgang 1963

Ausgegeben am 10. September 1963

10. Stück

15. Gesetz: Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, Abänderung (22. Novelle).

15.

Gesetz vom 14. Juni 1963, womit das Gesetz vom 22. September 1951, LGBl. für Wien Nr. 34, betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, abgeändert wird (22. Novelle).

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Abschnitt I

(17. Änderung der Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien.)

Die Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien (Gesetz vom 22. September 1951, LGBl. für Wien Nr. 34, betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, in der Fassung der Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 1. Dezember 1959, LGBl. für Wien Nr. 24, des Gesetzes vom 7. Oktober 1960, LGBl. für Wien Nr. 26, des Gesetzes vom 10. März 1961, LGBl. für Wien Nr. 6, des Gesetzes vom 17. November 1961, LGBl. für Wien Nr. 1/1962, und des Gesetzes vom 23. März 1962, LGBl. für Wien Nr. 11) wird in nachstehender Weise abgeändert:

1. § 11 hat zu lauten:

„Neuaufnahmen und Überstellungen

§ 11

(1) Bei Neuaufnahmen sind alle in dieser Dienstordnung und den sonstigen Dienstvorschriften festgesetzten Erfordernisse genau zu erfüllen.

(2) Die Überstellung in eine andere Beamtengruppe ist in der Regel nur zulässig, wenn die für diese Gruppe vorgeschriebenen besonderen Erfordernisse nachgewiesen werden. Die Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe darf ohne Zustimmung des Beamten nur aus Gründen vorgenommen werden, die in seiner Person gelegen sind und der genauen Erfüllung des Dienstes Abbruch tun. Eine solche Überstellung bedarf der Zustimmung der Gemeinderätlichen Personalkommission. Im übrigen gilt § 19 Abs. 3 sinngemäß.

(3) Sind die im Abs. 2 bezeichneten Gründe durch Krankheit verursacht und bloß vorüber-

gehend, ist eine Überstellung gemäß Abs. 2 nicht zulässig.“

2. § 16 b Abs. 1 lit. b hat zu lauten:

„b) die Zeit, während der der Beamte zur Erfüllung der allgemeinen Bundesdienstpflicht auf Grund des Bundesdienstpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 102/1936, herangezogen war, und die Zeit der Ableistung des Präsenzdienstes auf Grund des Wehrgesetzes, BGBl. Nr. 181/1955;“

3. Die bisherige lit. b des § 16 b Abs. 1 erhält die Bezeichnung „c“

4. § 51 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Einer Waise, die wegen Studien oder erweiterter fachlicher Ausbildung die Selbsterhaltungsfähigkeit noch nicht erlangt hat, kann der Erziehungsbeitrag höchstens bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt werden. Einer Waise, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst den Unterhalt zu verschaffen, kann der Erziehungsbeitrag, unter Umständen auf Lebensdauer, ganz oder teilweise gewährt werden.“

5. Im § 52 a Abs. 4 ist die Zahl „750“ jeweils durch die Zahl „770“ und die Zahl „320“ durch die Zahl „340“ zu ersetzen.

6. Im § 55 Abs. 3 sind die Worte „aus eigenem“ zu streichen.

7. Im § 60 Abs. 1 letzter Satz haben die Worte „vor Eingehen des Dienstverhältnisses“ zu entfallen.

8. Im § 60 Abs. 2 ist das Wort „Urlaubsszuschuß“ durch das Wort „Zusatzurlaub“ zu ersetzen.

9. § 60 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Vershrten Beamten kann ohne Rücksicht auf die im Abs. 1 und 2 festgesetzte Höchstgrenze von 28 Werktagen nach Zulässigkeit des Dienstes vom zuständigen Organ nach dem Grad der Erwerbsminderung ein Zusatzurlaub im Ausmaß von zwei bis sechs Werktagen gewährt werden.“

10. § 60 Abs. 4 hat zu lauten:

„(4) Fallen in ein Kalenderjahr Zeiten einesurlaubes ohne Bezüge, so vermindert sich das Ausmaß des Erholungsurlaubes gemäß Abs. 1 bis 3 in dem Verhältnis, das der Dauer des Urlaubes ohne Bezüge zum Kalenderjahr entspricht. Ergeben sich hiebei für den verbleibenden Erholungsurlaub Teile von Werktagen, so sind diese auf ganze Werktage aufzurunden.“

11. Der bisherige Abs. 4 des § 60 erhält die Bezeichnung „5“.

12. § 71 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Die Begründung sowie das Bestehen eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses zu einer anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaft gelten als Dienstesentsagung; das gleiche gilt auch im Falle des Verlustes der österreichischen Staatsbürgerschaft. In diesen Fällen entfällt die Annahme.“

13. Im § 71 Abs. 5 ist der letzte Satz durch folgende Sätze zu ersetzen:

„Dazu tritt

a) nach einer Dauer der für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Dienstzeit von

- 1 Jahr das Einfache,
- 3 Jahren das Zweifache,
- 5 Jahren das Dreifache,
- 10 Jahren das Vierfache,
- 15 Jahren das Sechsfache,
- 20 Jahren das Neunfache,
- 25 Jahren das Zwölffache

b) der Teil des Überweisungsbetrages, der an die Stadt Wien für bedingt angerechnete Ruhegenußvordienstzeiten gemäß § 308 Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, geleistet wurde;

c) der Teil des besonderen Pensionsbeitrages, der vom Beamten für bedingt angerechnete Ruhegenußvordienstzeiten entrichtet wurde.

Ist die so errechnete Abfertigung nicht um 20 v. H. höher als der sonst vom Dienstgeber nach § 311 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes zu leistende Überweisungsbetrag, so ist sie auf diesen Betrag zu erhöhen.“

14. Im § 74 Abs. 2 ist die Zahl „1300“ durch die Zahl „1400“ zu ersetzen.

15. Im § 74 Abs. 6 ist die Zahl „100“ durch die Zahl „110“ zu ersetzen.

16. § 128 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Wird der Beamte freigesprochen, das Verfahren eingestellt, über ihn eine Ordnungsstrafe

oder die Disziplinarstrafe gemäß § 75 lit. a verhängt, so sind die zurückbehaltenen Bezüge samt den gesetzlichen Zinsen auszufolgen.“

17. Dem § 128 sind als Abs. 4 und 5 anzufügen:

„(4) Wird über den Beamten eine Disziplinarstrafe gemäß § 75 lit. b bis e verhängt, so verringert sich das Ausmaß des Betrages gemäß Abs. 3

bei Verhängung einer Disziplinarstrafe gemäß § 75 lit. b auf 80 v. H.;

bei Verhängung einer Disziplinarstrafe gemäß § 75 lit. c auf 60 v. H.;

bei Verhängung einer Disziplinarstrafe gemäß § 75 lit. d auf 40 v. H.;

bei Verhängung einer Disziplinarstrafe gemäß § 75 lit. e auf 20 v. H.

(5) Im Falle der Entlassung werden die zurückbehaltenen Bezüge samt den gesetzlichen Zinsen auch teilweise nicht ausgefolgt.“

Abschnitt II

(10. Änderung der Besoldungsordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien.)

Die Besoldungsordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien (Gesetz vom 13. April 1956, LGBL. für Wien Nr. 15, womit das Gesetz vom 22. September 1951, LGBL. für Wien Nr. 34, betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, abgeändert wird, in der Fassung der Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 1. Dezember 1959, LGBL. für Wien Nr. 24, des Gesetzes vom 20. Mai 1960, LGBL. für Wien Nr. 15, des Gesetzes vom 7. Oktober 1960, LGBL. für Wien Nr. 26, des Gesetzes vom 10. März 1961, LGBL. für Wien Nr. 6, und des Gesetzes vom 17. November 1961, LGBL. für Wien Nr. 1/1962) wird in nachstehender Weise abgeändert:

1. Im § 4 Abs. 3 lit. b und Abs. 4 sowie im § 25 ist jeweils die Zahl „24“ durch die Zahl „25“ zu ersetzen.

2. § 4 Abs. 9 hat zu lauten:

„(9) Verheirateten Beamten weiblichen Geschlechts gebühren Familienzulagen nur, wenn die Einkünfte des Ehegatten nach § 5 des Lohnpfändungsgesetzes, BGBl. Nr. 51/1955, nicht der Pfändung unterliegen oder unterliegen würden. Die Kinderzulage gebührt jedoch für Kinder, zu deren Erhaltung der Ehegatte nicht gesetzlich verpflichtet ist.“

3. Im § 12 Abs. 1 sind die Zahlen „627“, „572“, „327“ und „207“ durch die Zahlen „671“, „612“, „350“ und „222“ zu ersetzen.

4. Im § 12 Abs. 4 erster Halbsatz ist das Wort „Dem“ durch das Wort „Den“ und das Wort „seiner“ durch das Wort „ihrer“ zu ersetzen.

5. Im § 18 Abs. 4 ist jeweils die Zahl „164“ durch die Zahl „175“ zu ersetzen.

6. § 21 lit. a Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Professionistenzulage beträgt monatlich

in der Gehaltsstufe	1	64 S
„ „	2	72 S
„ „	3	80 S
„ „	4	88 S
„ „	5	96 S
„ „	6	104 S
„ „	7	112 S
„ „	8	120 S
„ „	9	128 S
„ „	10	136 S
„ „	11	144 S
„ „	12	152 S
„ „	13	160 S
„ „	14	168 S
„ „	15	176 S
„ „	16	184 S
„ „	17	192 S
„ „	18	200 S“.

7. § 21 lit. b Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Autobuslenkerzulage beträgt
von der 1. bis zur 15. Gehaltsstufe
38 S monatlich und
ab der 16. Gehaltsstufe
41 S monatlich.“

8. Im § 21 lit. c Abs. 1 ist die Zahl „66“ durch die Zahl „71“ und die Zahl „110“ durch die Zahl „118“ zu ersetzen.

9. Im § 22 lit. a Abs. 1 ist die Zahl „228“ durch die Zahl „243“ und die Zahl „380“ durch die Zahl „405“ zu ersetzen.

10. Im § 22 lit. b Abs. 1 ist die Zahl „77“ durch die Zahl „82“ zu ersetzen.

11. § 22 lit. c Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Feuerwehr-Chargenzulage beträgt monatlich
in der Verwendungsgruppe C 350 S
oder 175 S,
in der Verwendungsgruppe D 140 S,
in der Verwendungsgruppe E 52 S.“

12. § 23 lit. a Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Schulleiterzulage beträgt monatlich:
Für Leiter, die in Verwendungsgruppe L I eingereiht sind:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
Schilling			
I	1283	1400	1517
II	1155	1260	1365
III	1026	1120	1214
IV	898	980	1062
V	770	840	910

Für Leiter, die in Verwendungsgruppe L a 1 oder L a 2 eingereiht sind:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
Schilling			
I	583	641	699
II	478	525	572
III	385	420	455
IV	321	350	379
V	268	292	316 “

13. Im § 23 lit. b ist die Zahl „131“ durch die Zahl „140“, die Zahl „196“ durch die Zahl „210“ und die Zahl „294“ durch die Zahl „315“ zu ersetzen.

14. Im § 28 Abs. 1 haben die lit. a bis c zu lauten:

„a) Beamte des Schemas I:

die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe					
	1	2	3	4	5	6
Schilling						
19	2783	2717	2447	2191	1999	1798
20	2831	2765	2488	2227	2029	1821

b) Beamte des Schemas II:

die Gehaltsstufe	in der Dienstklasse III	
	in der Verwendungsgruppe	
	E	D
Schilling		
8	2265	2847
9	2312	2917

in der Dienst- klasse	die Gehaltsstufe		
	10	9	7
	Schilling		
IV	4338	—	—
V	5483	—	—
VI	6999	—	—
VII	10029	—	—
VIII	—	13529	—
IX	—	—	16329

c) Beamte des Schemas II L:

die Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
	L b	La 3	La 2	La 1	LI
	Schilling				
18	3324	5085	5925	6041	7960
19	3487	5272	6135	6251	8427 "

15. Im § 28 Abs. 2 ist die Zahl „186“ durch die Zahl „208“ und die Zahl „193“ durch die Zahl „216“ zu ersetzen.

16. Im § 32 Abs. 2 lit. d ist die Zahl „228“ durch die Zahl „243“ und die Zahl „380“ durch die Zahl „405“ zu ersetzen.

17. Die Anlage II (zu § 11 Abs. 2) erhält die Fassung gemäß Beilage A.

Abschnitt III

Zu den jeweiligen Gehaltsansätzen der Anlage II zur Besoldungsordnung gehören für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Ergänzungszulagen auf die entsprechenden Ansätze der Beilage B.

Abschnitt IV

Die Bestimmungen des Abschnittes I Z. 12 werden mit 1. Oktober 1963, alle übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes werden mit 1. Mai 1963 wirksam.

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:
Jonas Ertl

Gehaltsansätze

Schema I							Schema II						
Gehalts- stufe	Verwendungsgruppe						Dienst- klasse	Gehalts- stufe	Verwendungsgruppe				
	1	2	3	4	5	6			E	D	C	B	A
	Schilling								Schilling				
1	1835	1776	1617	1465	1395	1329	I	1	1372	1517	1633	—	—
2	1883	1824	1658	1500	1425	1353		2	1419	1587	1714	—	—
3	1931	1872	1699	1535	1455	1377		3	1466	1657	1795	—	—
4	1979	1920	1740	1570	1485	1401		4	1513	1727	1876	—	—
5	2027	1968	1781	1605	1515	1425		5	1560	1797	1957	—	—
6	2159	2093	1914	1737	1610	1492	II	1	1654	1937	2119	2063	—
7	2207	2141	1955	1772	1640	1516		2	1701	2007	2200	2174	—
8	2255	2189	1996	1807	1670	1540		3	1748	2077	2281	2285	—
9	2303	2237	2037	1842	1700	1564		4	1795	2147	2362	2396	—
10	2351	2285	2078	1877	1730	1588		5	1842	2217	2443	—	—
11	2399	2333	2119	1912	1760	1612	III	6	1889	2287	2524	—	—
12	2447	2381	2160	1947	1790	1636		1	1936	2357	2605	2618	2776
13	2495	2429	2201	1982	1820	1660		2	1983	2427	2686	2729	2916
14	2543	2477	2242	2017	1850	1684		3	2030	2497	2767	2840	3056
15	2591	2525	2283	2052	1880	1708		4	2077	2567	2848	2951	—
16	2639	2573	2324	2087	1910	1732	5	2124	2637	2929	3062	—	
17	2687	2621	2365	2122	1940	1756	6	2171	2707	—	—	—	
18	2735	2669	2406	2157	1970	1780	7	2218	2777	—	—	—	

Schema II L					
Gehalts- stufe	Verwendungsgruppe				
	L b	L a 3	L a 2	L a 1	L I
	Schilling				
1	1599	2131	2245	2362	2799
2	1669	2247	2391	2508	2945
3	1739	2363	2537	2654	3091
4	1809	2479	2683	2800	3383
5	1879	2711	2975	3092	3645
6	2019	2857	3179	3296	3907
7	2112	3003	3383	3500	4169
8	2205	3149	3587	3704	4431
9	2298	3295	3791	3908	4693
10	2391	3441	3995	4112	5014
11	2484	3587	4199	4316	5335
12	2577	3733	4403	4520	5656
13	2694	3966	4665	4782	5977
14	2811	4199	4927	5044	6357
15	2928	4432	5189	5306	6737
16	3045	4665	5451	5568	7117
17	3162	4898	5713	5830	7497

Gehalts- stufe	Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
1	2847	3825	4899	6113	8397	12129
2	3010	3988	5086	6323	8863	12829
3	3173	4151	5273	6533	9329	13529
4	3336	4338	5483	6999	10029	14229
5	3499	4525	5693	7465	10729	14929
6	3662	4712	5903	7931	11429	15629
7	3825	4899	6113	8397	12129	—
8	3988	5086	6323	8863	12829	—
9	4151	5273	6533	9329	—	—

Beilage B

Gehaltsansätze

Schema I							Schema II					
Gehalts- stufe	Verwendungsgruppe						Dienst- klasse	Gehalts- stufe	Verwendungsgruppe			
	1	2	3	4	5	6			E	D	C	B
	Schilling								Schilling			
1	1865	1810	1661	1518	1453	1392	I	1	1432	1575	1671	
2	1910	1855	1699	1551	1481	1414		2	1476	1640	1747	
3	1955	1900	1737	1584	1509	1436		3	1520	1705	1823	
4	2000	1945	1775	1617	1537	1458		4	1564	1770	1899	
5	2045	1990	1813	1650	1565	1480		5	1608	1835	1975	
6	2165	2105	1941	1769	1654	1544	II	1	1696	1965	2127	2076
7	2210	2150	1979	1802	1682	1566		2	1740	2030	2203	2180
8		2195	2017	1835	1710	1588		3	1784	2095		
9		2240	2055	1868	1738	1610		4	1828	2160		
10			2093	1901	1766	1632		5	1872	2225		
11			2131	1934	1794	1654		6	1916	2290		
12			2169	1967	1822	1676						
13			2207	2000	1850	1698						
14			2245	2033	1878	1720						
15				2066	1906	1742						
16				2099	1934	1764	III	1	1960			
17				2132	1962	1786		2	2004			
18				2165	1990	1808		3	2048			
								4	2092			
								5	2136			
								6	2180			
								7	2224			

Schema II L			
Gehalts- stufe	Verwendungsgruppe		
	L b	L a 3	L a 2
	Schilling		
1	1647	2141	2249
2	1712	2250	
3	1777		
4	1842		
5	1907		
6	2037		
7	2124		
8	2211		

Einzelne Stücke des Landesgesetzblattes für Wien sind gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 2 S für das Stück im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, I, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien, I, Wollzeile 27 a, erhältlich.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.